

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

32 (6.8.1947)

Mannheims Eisenbahner warnen und fordern Abhilfe

Nicht nur ums rollende Material, um die Menschen geht es

Die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk gehen einer neuen Katastrophe im Winter entgegen. Der Mangel an Nahrungsmitteln und der Mangel an Kohle wird noch verschärfert durch die von allen Seiten erwartete Transportkrise. Es werden schon heute die schlimmsten Befürchtungen geäußert und Maßnahmen zur Vermeidung der Krise gefordert.

Man spricht von der unbedingten Notwendigkeit einer gründlichen Reparatur der Lokomotiven, der Waggons usw. übersieht aber dabei meistens, daß zum reibungslosen Funktionieren des Transports auch Menschen notwendig sind. Eine Verbesserung der Lage der Eisenbahner ist ebenso wichtig, wie die Reparatur des rollenden Materials.

Die Betriebsräte der Mannheimer Eisenbahner erheben in einer gutbeachteten Vollversammlung warnend ihre Stimmen und stellen fest:

„Der Güter- und Personenverkehr, dessen Hauptträger die Deutsche Reichsbahn ist, geht in den Herbst- und Wintermonaten einer schweren Krise entgegen. Diese Krise wird ausgelöst durch den sich immer mehr verschärfenden Stoff- und Personalmangel.

Die Gewerkschaften des Eisenbahnpersonals bemühen sich für das Personal seit über einem Jahre, die Per-

sonal dem Gebiet der Ernährung, der Kleidung und Entlohnung liegenden Hemnisse zu beseitigen und weisen nach, daß die Löhne und Gehälter des Eisenbahnpersonals weit unter der Summe liegen, die zum Einkauf der Markenlebensmittel und zum Bezahlen der Miete notwendig sind.

Zwischen der Hauptverwaltung der Eisenbahnen und den Gewerkschaften ist darum schon seit einigen Monaten eine Vereinbarung abgeschlossen, welche die schlimmsten Mängel beseitigt.

Aber leider wird diese Vereinbarung, die nur die schlimmsten Mängel beseitigt, nicht oder nur ungenügend durchgeführt. Die Entlohnung bleibt gering, die Bezahlung der Lohngruppen, also die Durchführung der Vereinbarung, sowohl bei den deutschen Behörden, wie auch bei den Besatzungsmächten auf Schwierigkeiten stößt. Abschließend wird in der Resolution festgelegt:

„Das Eisenbahnpersonal hat, um leben zu können, seine Ersparnisse eingesetzt. Viele sind gezwungen den Eisenbahnbetrieb zu verlassen, da sie mit dem jetzigen Einkommen nicht mehr leben können. Das Fehlen dieser eingearbeiteten Fachkräfte veranlaßt den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes in kurzer Zeit.

Die Gewerkschaften der Eisenbahner erklären darum, daß die Verantwortung für alle sich hieraus ergebenden Folgen auf die maßgebenden deutschen Stellen und die Besatzungsmächte fällt, die derartige Verzögerungen verursachen.“

Es ist zu hoffen, daß diese Meinung nicht ungehört verhallt und daß endlich die getroffenen Vereinbarungen der Eisenbahner auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Landkreis Mannheim:

Skandal auf dem Wirtschafts- und Ernährungsamt

Der Kreisrat des Landkreises Mannheim hat fünf leitende Beamte der Wirtschafts- und Ernährungsämter suspendiert, darunter den Leiter der beiden Ämter, Herrn Laux, und den Leiter des Wirtschaftsamtes, Herrn Hentschel. Daraufhin wurde von Karlsruhe eine Prüfung der Geschäfte angeordnet, die ein niederschmetterndes Ergebnis hatte. Der 14seitige Prüfungsbericht stellt geradezu haarsträubende Verhältnisse auf diesen Ämtern fest. Die Buchführung über ausgegebene Bescheide usw. ist in völliger Unordnung. Für 50.000 Textilwarenpunkte kann um ein Beispiel herauszufinden, keine Rechenschaft abgelegt werden.

Wie auf dem Wirtschaftsamt „Gewirtschaftet“ wurde, nämlich in die eigene Tasche, dafür ein anderes Beispiel: Eine Frau Kennigott, Leiterin einer Amstube in Weinheim, hat sich selbst zwei Eischränke, einen Radioapparat, ein Schilanzimmer bewilligt und für ihre Schwester, die in der Stadt Mannheim wohnt und im Landkreis überhaupt

Telegramm! Der fägliche Enfnazifizierungs-Skandal

Betriebsrat an das „Volksecho“

Wir erhielten vom Betriebsrat der crosenwerke Heidelberg nachstehendes Telegramm, das wir ohne Kommentar wiedergeben.

Erheben gegen schriftliche Entnazifizierung des Betriebsinhabers und ehemaligen Betriebsführers Erich Roß Parteigenosse seit 1930 und Einstufung als Mitläufer ohne vorherige Anhörung des Betriebsrates scharfen Protest und fordern nachmalige mündliche Verhandlung. Erich Roß ist Nutznießer der NSDAP und Kriegsgewinnler außerdem durch Militärgeschäft Heidelberg 1946 zu einem Jahr Gefängnis und 50.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hat Ostarbeiter der Gestapo und anderen Naziführern ausgeliefert und Bestrafung verlangt. Unter Vorgespiegung angeblicher Wahrung sozialer Interessen wurde ihm das Gaudiplom der NSDAP zuerkannt stop Belastungsakten heute dem Gewerkschaftsbund Heidelberg mit Auftrag übergeben die Spruchkammer Heidelberg zur Aufhebung des völlig unfachlichen Urteils zu veranlassen. Erbitten Ihre Unterstützung. Der Betriebsrat Rudolf Roth der Terosonwerke Heidelberg.

Wir erhielten vom Betriebsrat der crosenwerke Heidelberg nachstehendes Telegramm, das wir ohne Kommentar wiedergeben.

Erheben gegen schriftliche Entnazifizierung des Betriebsinhabers und ehemaligen Betriebsführers Erich Roß Parteigenosse seit 1930 und Einstufung als Mitläufer ohne vorherige Anhörung des Betriebsrates scharfen Protest und fordern nachmalige mündliche Verhandlung. Erich Roß ist Nutznießer der NSDAP und Kriegsgewinnler außerdem durch Militärgeschäft Heidelberg 1946 zu einem Jahr Gefängnis und 50.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hat Ostarbeiter der Gestapo und anderen Naziführern ausgeliefert und Bestrafung verlangt. Unter Vorgespiegung angeblicher Wahrung sozialer Interessen wurde ihm das Gaudiplom der NSDAP zuerkannt stop Belastungsakten heute dem Gewerkschaftsbund Heidelberg mit Auftrag übergeben die Spruchkammer Heidelberg zur Aufhebung des völlig unfachlichen Urteils zu veranlassen. Erbitten Ihre Unterstützung. Der Betriebsrat Rudolf Roth der Terosonwerke Heidelberg.

Gedenkktage DER WOCHE

- 8. 8. 1945 Erste Atombombe auf Hiroshima in Japan abgeworfen.
- 7. 8. 1933 Felix Fechenbach, soz. Redakteur, von Faschisten ermordet. — 1909 Wilhelm Liebknecht gestorben. — 1869 Eisenerich Kongröß — Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
- 8. 8. 1945 Nach Kapitulationsablehnung durch Japan Kriegserklärung der UdSSR. — 1916 Lilly Braun, soz. Mist. Schriftstellerin, gestorben.
- 9. 8. 1920 Heinrich Zille, Zeichner, gestorben. — 1919 Ernst Häckel, Naturforscher, gestorben.
- 10. 8. 1945 Japanische Regierung erklärt dem Sowjetbotschafter in Tokio ihre Bereitschaft zur Kapitulation.
- 11. 8. 1919 Weimarer Verfassung tritt in Kraft.
- 12. 8. 1848 George Stephenson, Bahnbauer des Eisenbahnwesens, gestorben.

Um das Brot

Landarbeiter protestieren!

Der Erlaß des Landesarbeitsamtes, daß kein landwirtschaftlicher Arbeiter in irgend einem anderen Beruf vermittelt werden darf, hat zu energischen Protesten der Landarbeiter geführt.

„Diese durchaus für die Interessen der Arbeitgeber und gegen die Interessen der Landarbeiterschaft gerichtete Maßnahme des Landesarbeitsamtes ist für die Landarbeiterschaft ein schwerer Schlag, durch welchen das Vertrauen der Landarbeiterschaft zu Recht und Gesetz zur Regierung und Behörden aufs schwerste erschüttert ist.“

So heißt es in der Entschließung einer Landarbeiterversammlung in Rappenhau. Ferner wird dort festgestellt, daß diese einschneidenden Maßnahmen „ohne vorherige Stellungnahme der betroffenen Berufsgruppen und ohne die Mitteilung an die zuständige Berufsorganisation erfolgte.“

Die Landarbeiter sind, und mit Recht, darüber empört, daß man ihre Organisation einfach übergeht und diktatorische Erlasse herausgibt.

Ein Betriebsrat aus dem Kreise Tauberbischofsheim schreibt uns u. a. : „Es ist beschämend, daß sich der Herr Präsident des Landesarbeitsamtes seine Verordnung aus dem Jahre 1939 holt.“

... Mit der Übergebung der Arbeitnehmersvertreter wird Demokratie zur Färsen. Bezeichnend ist die Befristung des Erlasses bis zum 31. 10. 47. Das heißt soviel wie: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

„Eine andere Zuschrift beschäftigt sich mit der Frage der Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft und stellt fest: „Mit zwangsverordneten Maßnahmen wird die Arbeitsmarktlage der Agrarwirtschaft nur unwesentlich verbessert. Hier müssen andere Hilfsmaßnahmen ergriffen werden. Eine durchgeführte Bodenreform hätte Tausende neuer Bauernexistenzen und damit tausende Arbeitskräfte der Landwirtschaft zugeführt. Die Flucht von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft hält schon einige Jahrzehnte an. Der Bauern Einkommen entspricht nicht der aufgewandten Mühe und Arbeit.“

Die Flüchtlingsbauern und Landarbeiter von Durlach-Aue sind der Meinung, daß folgende Forderungen erfüllt sein müssen, wenn dem Arbeitsmangel abgeholfen werden soll: a) menschenwürdige Unterbringung der Familien, b) die Landarbeiter müssen als Mitarbeiter und nicht als Ausbeutungsobjekt betrachtet werden, c) ausreichendes Deputat an die Flüchtlingsfamilien, d) ganzjährige Beschäftigung innerhalb des Betriebes.

Die Erfüllung dieser Forderungen dürfte auch dazu beitragen, den Landarbeitermangel zu beheben.

Was erwarten die Mannheimer Straßenbahner?

Die Mannheimer Straßenbahner erwarten in erster Linie Wiederherstellung ihrer Rechte, die ihnen von den Nazis geraubt wurden. In zwei Versammlungen der Straßenbahner in Mannheim und Ludwigshafen wurde in einer Entschließung verlangt:

1. Wiederherstellung des Angestellten- bzw. Beamtenverhältnisses entsprechend der Beamtensatzung der Stadt Mannheim vom 1. Oktober 1927.
 2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen und Gewährung eines freien Arbeitstages im Monat für die Erledigung der Haushaltsarbeiten für verheiratete Frauen.
- Die Mannheimer und Ludwigshafener Straßenbahner haben, wie aus einem Schreiben des Betriebsrates an uns hervorgeht, trotz der furchtbaren Ernährungslage ihren aufrechten Dienst im Interesse der Arbeitshaltung des Verkehrs ausgeübt und dabei große Nachteile für sich in Kauf genommen.
- 7000 freie Arbeitstage und den Urlaub für 1947 haben die Straßenbahner noch zu bekommen.

Jeder wird einsehen, daß auch die Straßenbahner dieser Ruhe- und Urlaubstage dringend bedürfen.

Auf Vorschlag des Betriebsrates war vom Stadtrat beschlossen worden, an Wochentagen den Verkehr eine Stunde früher, also um 1/29 Uhr abends zu beenden, damit die Straßenbahner endlich zu ihren freien Tagen kommen. Dieser Beschluß wäre jedoch für die Gesamtbevölkerung mit sehr großen Nachteilen verbunden gewesen und deshalb hat das Fahrpersonal den Vorschlag angenommen, daß die Hälfte der noch zu gewährenden Freizeit in Geld abgegolten wird und daß das Arbeitsamt 70 Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, damit das Fahrpersonal wenigstens die andere Hälfte seiner Freizeit erhält.

Mit der Annahme dieser Regelung haben die Straßenbahner gezeigt, daß sie im Interesse der Gesamtheit und im Interesse der Verkehrsbelastungen auf sich zu nehmen gewillt sind. Sie haben ihr Verantwortungs- und Pflichtgefühl gegenüber der Bevölkerung erneut bewiesen.

Sie erwarten nun mit Recht, daß die Stadtverwaltung ihnen ebenfalls entgegenkommt und ihre alten Rechte wieder herstellt.

Sie erwarten von den politischen Parteien, daß diese ihre berechtigten Forderungen unterstützen und ihnen zur Annahme verhelfen.

Deutschland Rundschau

- 33 Schweine sind auf dem Bahnhof in Würzburg verreckt. 65 Schweine mußten notgeschlachtet werden. Reichsbahndirektion und Viehwirtschaftsverband streiten sich um die Schuldfrage.
- Man „hofft“, die gegenwärtige Kalorienzahl bis zur nächsten Ernte aufrechterhalten, wenn die Bauern ihr Ablieferungsziel erfüllen, so erklärte der Leiter der Ernährungsabteilung der US-Militärregierung.
- 45 Prozent betrage die Ernte in diesem Jahre in Westdeutschland nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“.
- Ein Aufnahmearbeit von Pastor Niebauer wurde vom Landesamt für den Verfolgten des Naziregimes in Hessen abgelehnt.
- Max Seydewitz, Mitglied der SED und bisheriger Intendant des Berliner Rundfunks, wurde sächsischer Ministerpräsident. Er spielte in der sächsischen Sozialdemokratie vor 1933 und nach 1945 eine führende Rolle.
- Boshafte Angriffe gegen die westlichen Besatzungsmächte werden den fünf Ministerpräsidenten der Ostzone von der amerikanischen Militärregierung vorgelesen.
- Wegen gesetzwidriger Verhaftung und Hausdurchsuchung bei einem Gemeindeführer erhielt ein Bürgermeister in Württemberg-Baden 13 Wochen Gefängnis.
- 2756 ha wurden in diesem Jahre in Nordbaden mit Tabak bepflanzt. Das Anbausoll für Tabak betrug bereits für 1946 2590 ha.
- 18.534 deutsche Kriegsgefangene sind vom 15. bis 23. Juli 1947 aus der Sowjetunion in Frankfurt-Oder zur Entlassung eingetroffen.

Unter der Lupe

Ladenburg: Müste es soweit kommen?

Großes Aufsehen hat hier die Exmatrikulation einer Familie aus dem Ort zugezogen, die sich nach dem Tod des Vaters in die Hand der Polizei selbst in die auf die Straße gestellten Möbel wieder in die Wohnung zurückgekehrt.

Wir erfahren zu diesem unheimlichen Ereignis, daß die Belegschaft dieser Fabrik seit über einem Jahre die dringende Forderung stellt, die dringende Notwendigkeit einwandfreier Unterkünfte für die Belegschaft, da bei dem jetzigen Zustand die Gesundheit der Arbeiter ernstlich in Frage gestellt ist.

Jedoch hat das Wohnungsamt in Ladenburg es bis jetzt anscheinend noch nicht fertiggebracht, für die auf dem Grundstück wohnende Familie ein Ersatzwohnort zur Verfügung zu stellen, um dadurch für die Belegschaft endlich die notwendigen Räume freizubekommen.

Die Belegschaft der Fabrik (siehe oben) wurde nun das positive Versprechen gegeben, daß bis zum 15. Oktober eine Wohnung bereitgestellt werden soll. Diese Forderung hat der Gewerkschaft in Karlsruhe hat sich nun der Bürgermeister bereit erklärt, selbst dafür Sorge zu tragen, in Anbetracht der Dringlichkeit, bis zum

15. August schon diese Familie anderweitig unterzubringen.

Die Arbeiterschaft erwartet, daß diese Zusage so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt wird. Im Notfall empfehlen wir, im Schloß des Herrn Grafen v. Oberndorf in Neckarhausen durch den Landrat eine Wohnung bereitstellen zu lassen. Denn wir können immer noch nicht einsehen, daß die gräfliche Familie 23 Räume für sich allein beansprucht.

Plankstadt: Kommunisten fordern Rechenschaft

Der Bürgermeister von Plankstadt, Erich Henschel, wurde wegen des Besitzes von Jagdwaffen und Munition verhaftet. Es wäre notwendig, die Geschäftsführung dieses Bürgermeisters und die Verhältnisse in Plankstadt eingehend zu überprüfen. Drei Polizeimeister hat Plankstadt innerhalb weniger Wochen gehabt. Der Kirchensteuererheber Heinrich Meißner, den man zum Kreisprüfer ernannt hatte, hat sich unlauterer Manipulationen mit Frankfurterbanknoten zuschreiben lassen und mußte wieder gehen.

Der Bürgermeister selbst besitzt eine 9-Zimmerwohnung mit seinen zwei Söhnen und einer Tochter und hat vor einigen Monaten eine Flüchtlingsfamilie aus dieser Wohnung hinausgesetzt. Andererseits ist es nicht selten, daß 4-5 Neubürger in einem Zimmer hausen müssen. Wir behalten uns vor, noch nähere Einzelheiten bei späterer Gelegenheit mitzuteilen.

Die Plankstadter Kommunisten verlangen eine allgemeine Bürgerversammlung und Rechenschaft der Gemeindeverwaltung über die in der Gemeinde herrschenden mitleidigen Zustände.

Mannheim: Nicht die städtische Polizei

Die von uns gebrachte Mitteilung, daß in Seckenheim die städtische Polizei die Aktion gegen die Aehrenleser durchführte, ist, wie wir uns überzeugen konnten, nicht zutreffend. Die städtischen Polizeibeamten haben sich im allgemeinen loyaler gegenüber den Aehrenlesern verhalten, als es die Erlasser jener verurteilenden Verordnung gewesen sind.

Zur Beachtung!

Wir bitten diejenigen Genossen, welche noch ihre alten Mitgliedskarten besitzen, solche sofort bei ihren Ortsgruppenleitungen abzugeben, damit die Ausstellungen der neuen Mitgliedsbücher zum Abschluß gebracht werden kann.

Das Mitgliedsbuch Nr. 327 des Gen. Helmuth Edelinger, geb. 4. 2. 28 wohnt Ladenburg, Weinheimer Straße 20, wird als verlustig gemeldet und ist sofort gesperrt. Gültigkeit hat nur die ausgehändigte Zusatzkarte.

Kommunistische Partei Deutschlands Bezirksvorstand Nordbaden

Aus dem Schulmemorandum der KPD

Aufgabe des Bildungswesens.

Aufgabe der Schule ist es, unserer gesamten Jugend eine gute Bildungsgrundlage zu geben. Hier soll sich jeder das geistige Rüstzeug erwerben, dessen er zur Erfüllung seiner gesellschaftlichen Aufgaben bedarf.

Die deutsche demokratische Schule soll die Jugend zu selbstständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen heranzubilden, die fähig und bereit sind, sich voll in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Sie hat die Jugend im Geiste der Toleranz, der Humanität und des Sozialismus zu erziehen. Die Jugend soll schon in der Schule lernen, daß es nötig ist, dem Ganzen zu dienen. Es ist das Gefühl für Gerechtigkeit und Billigkeit im Widerstreit der Interessen zu wecken.

Zuschrift von Herrn L. aus S. (Lehrer).

Ob Schulgeldfreiheit oder Erziehungsbeihilfe, jedenfalls gleiches Recht auf Ausbildung. Auf längere

Sicht müßte man dies sogar auf das Studium ausdehnen können.

Die höhere Bezahlung vieler Beamter wird mit den Kosten ihrer Ausbildung begründet. Zu recht. Durch eine Verringerung der Ausbildungskosten würden diese Beamten nur den wirtschaftlich Schwächeren zugänglich, sondern auch die wirtschaftlichen Unterschiede in der Zukunft verringert.

Herr C. aus R. Schulheifer, schreibt uns:

Ihr Schulmemorandum kann ich so nur voll und ganz unterschreiben und hoffentlich wird es die Grundlage zu einer sehr baldigen und gründlichen Schulreform, die besonders hier bei uns notwendig ist. Die Ostzone, die englische Zone und Hessen sind uns in dieser Hinsicht schon weit voraus.

Lehrer! Helft uns, eine freieitliche, demokratische Schulreform durchzuführen.



Heinrich Zille.

Heute vor 18 Jahren schloß Vater Zille, der Altmeister der politischen, karikatüristischen und volkstümlichen Zeichnungen, die Augen. Sein Zeichenstil legte die sozialen Fragen seiner Gestalten bloß. Die Fratze eines bis zur Grausamkeit geführten Existenzkampfes stierte unter dem heiteren Aufputz und der realen Farblichkeit seiner Menschen zu uns auf. Zilles Zeichnungen, tiefen den Zuschauer zum Nachdenken und zum Widerstand gegen den Widersinn einer kapitalistischen Gesellschaft auf.

Es war klar, daß im „Tausendjährigen Reich“ für Zilles Anlagen kein Raum war. Auslöschen und verbieten konnte man sein Gesamtwerk nicht mehr. Dazu war schon alles zu sehr Kulturgut des deutschen Volkes und vor allem der Arbeiterschaft geworden, aber man strich die soziale Kritik von ihm ab und ließ ihm seine Bedeutung als Berliner Mitleidmal. Durch seinen Tod entging er dem Dritten Reich und den Demütigungen, die es auch für Heinrich Zille bereit gehabt hätte.

Erinnerungen an Heinrich Zille

Aus der Feder seines Sohnes Walter Zille.

Was ich zu berichten habe, schreibe ich aus der Erinnerung nieder. Ich schildere einen Tag aus dem Leben meines Vaters, des Zeichners Heinrich Zille. Damals, vor etwa 40 Jahren.

Trotz der frühen Stunde hielt sich mein Vater nicht lange zu Hause auf. Nur eine halbe Stunde beschäftigte er sich noch mit den Blumen auf seinem Balkon und seinen munter zwitschernden Vögeln. Wer Blumen und Vögel liebt, schöpft aus solcher morgendlichen Beschäftigung Zufriedenheit und stille Freude, die wie ein heiler Schein ist, der auf den beginnenden Tag fällt. Stillvergnügt, die Skizzenmappe unter dem Arm, machte sich mein Vater auf dem Weg. Spät abends kehrte er heim — mit einem großen Blumenstrauß. Er lachte ein wenig. „Mutter“, sagte er, „haben wir et luit Det schöne Wetter den ganzen Tag und dann noch heute abend Ebbsensuppe, wenn ich so bedenke.“

Dann erzählte er, wie der Tag verlautete war. Am Alexanderplatz herrschte reges Leben. Die Seitenstraßen waren von den vielen schwer beladenen Wagen erstickt, die von der Markthalle kamen. Der Autoverkehr nahm mit jedem Tage zu, aber man sah doch noch viele Pferdegespanne, gute dotte Pferde, eine Lust, sie traben zu sehen. Junge Mädchen in hellen Kleidern mit kecken Hüten schwatzten und lachten. Es war der erste Sommertag des Jahres. In der Waldenstraße spielte ein Leierkasten. Eine Frau stand dabei, mit einem Kind auf dem Arm und zwei an den Schürzenzipfeln. In der Friedrichsgracht hatte eine Frau versucht sich das Leben zu nehmen, weil ihr einziger Sohn, dem es gut ging, nicht mehr für sie gesorgt hatte. Nun sah er an dem ärmlischen Krankenbette und Hine. Mein Vater dem jungen Mann tüchtig die Wahrheit sagte, meinte dieser ängstlich: „Herr Zille, bringen Sie mir bloß nicht in Ihr Malbuch!“ „Ne, det bist Du mir nicht wert“, erwiderte der Meister trocken.

Nachdem mein Vater Alt-Berlin durchstreift kam er wieder zum Alexanderplatz zurück, wo er das Erlebnis mit Mutter Riemann hatte. Das war die beliebte Blumenfrau, die für jeden die passenden Blumen und das rechte Wort hatte. Heute strahlte sie über das ganze Gesicht. Auf des Vaters Frage, ob sie sich so sehr über den Sommer freute, sagte sie: „Det ooch“, „wat heest hier ooch!“ „Na, er ist doch gestern jekommen“. Ihr schon verlorener Sohn war von langer Seefahrt zur Mutter heimgekehrt, das hat seine Mutter sehr glücklich gemacht. Einen Anteil an dieser Freude hatte auch mein Vater, der die Blumenfrau skizzierte.

„Daher also die Blumen“, meinte meine Mutter. „Ja“, sagte der Vater, „det war ja nun wohl det mindeste, det ick ihr een paar Blumen abkoofte. Dafür hat se ja ooch stillgehalten!“

Heinrich heest er! Seine Kunst brachte ihm des Volkes Günst, er malt statt Paradezüge Mädchenbusen, Kinderarme und die frechen dünnen Beester Heinrich heest er! Wenn ich die Schuhe die Armer drückt. Wenn ihr glaubt, er malt die Sachen bloß damit die Leute lachen, liebe Leute, ja, dann döst ihr. — Heinrich heest er!

Um das Allmendrecht

Die Bürger von St. Leon sind empört über die klare Sabotage ihres Mehrheitswillens. Sie verlangen, daß jetzt endlich entsprechend ihrer damaligen Entscheidung der Rechtsbruch der Nazis beseitigt und das alte Recht der Bürger wieder hergestellt wird.

Der Allmendauschuß fragt mit Recht: Ist es demokratisch, den Willen der Bürger zu sabotieren? Ist es christlich, nur das eigene Ich zu kennen? Ist es Nächstenliebe, andere hungern zu sehen?

Werden Nazis beim Obst- und Gemüsehandel bevorzugt?

Die bekannte Firma Reitlinger ist wieder, sowohl in Heidelberg wie in Mannheim, zum Obst- und Gemüsehandel zugelassen worden. Diese Firma ist aus der Nazizeit sehr bekannt. Im Zulassung in beiden Städten wird von den Händlern als eine direkte Bevorzugung dieser Nazifirma empfunden. Ein Antifaschist dagegen, der schon seit 1922 auf dem Gebiet des Obst- und Gemüsehandels tätig ist, bekommt erst vor kurzem, zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, und nach wiederholtem energischen Eingreifen des Widerstandskomitees seine Zulassung.

Wir fragen: Warum hat das Gewerbeamt Mannheim und der Gartenbauwirtschaftsverband der übrigen hauptwärtlich für die mangelhafte Obstlieferung in die Städte verantwortlich ist, diese Firma wieder zugelassen, obwohl der Obst- und Gemüsehandel bereits übersetzt ist?

Rundfunk

Rundfunk Berlin:

- Donnerstag, 8. Aug. 1947: 7.10 Uhr: Außenpolitik und Wirtschaft; 14 Uhr: Die tägliche Zeitungsschau; 19.25 Uhr: Außenpolitik und Wirtschaft; 19.40 Uhr: Tribüne der Demokratie, Funkebericht von der Sitzung des Berliner Stadtparlaments; 20.15 Uhr: Tageskommentar.
- Freitag, 9. August 1947: 7.10 Uhr: Außenpolitik und Wirtschaft; 14 Uhr: Die tägliche Zeitungsschau; 17.30 Uhr: Juristische Viertelstunde; 18.30 Uhr: Junge Welt; 18.40 Uhr: Stimme des FDGB; 19.25 Uhr: Außenpolitik und Wirtschaft; 20.15 Uhr: Tageskommentar.
- Samstag, 9. August 1947: 7.10 Uhr: Außenpolitik und Wirtschaft; 14 Uhr: Die tägliche Zeitungsschau; 19.25 Uhr: Außenpolitische Wochenübersicht von Michael Storm; 20.15 Uhr: Tageskommentar; 21.40 Uhr: Tribüne der Demokratie.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber und Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Tel. Nr. 4261. Auflage: 1.000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Authorized by Military Government of Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 12, 4, 46.